

Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Viedern und Werth

47. Jahrgang

Freitag, 6. Dezember 1918

Nummer 282

Warum wir Wilson vertrauen.

Während der Oberkommandierende der feindlichen Armeen, Marshall Foch, die an sich schon kaum unerträglichen Waffenstillstandsbedingungen in immer rücksichtsloserer und unbarmherziger Weise auslegt, willkürlich neue Gebiete als zu Elend-Lothringen gehörig erklärt, während in Aachen die Belgier friedlichen Bürgern gegenüber die Reiterpeitsche gebrauchen, während englische Blätter von finanziellen Bedingungen, die uns auferlegt werden sollen, so ungeheuerlicher Art zu melden wissen, daß sie den deutschen Arbeiter zum Kuli der Entente-Imperialisten machen müßten, hat am Dienstag Präsident Wilson seine Abschiedsrede vor dem amerikanischen Senat gehalten. Falls nichts Unerwartetes dazwischen kommt, dürfte er, wenn diese Zeilen erscheinen, bereits auf dem Wege nach Europa sein. Während des ganzen Weltkrieges hat sich der Präsident der Vereinigten Staaten für den Abschluß eines Friedens der Versöhnung und der Gerechtigkeit ausgesprochen, weil er nur in einem solchen die Verhinderung eines neuen noch furchtbarer Krieges sieht. Wenn er sich jetzt endgültig entschlossen hat, den Pariser Friedensverhandlungen beizuwohnen, so muß darin ein Zeichen erblickt werden, wie ernst es ihm um die Durchsetzung seiner weltverjüngenden Ideen zu tun ist; und das um so mehr, als es in der ganzen amerikanischen Geschichte kein einziges Beispiel dafür gibt, daß vor ihm Präsidenten während ihrer Amtszeit sich so weit und so lange Zeit außer Landes begeben haben. Freilich, Präsident Wilson wird in Paris kaum einen leichten Stand haben. Die billigen Triumphe, die seine europäischen Freunde im letzten Stadium des Krieges erzielt, haben in deren Ländern einen immer wildere Formen annehmenden Imperialismus die Tore geöffnet und die Idee der Versöhnung und der Gerechtigkeit für alle weit ins Hintertreffen geschoben. Wir Deutsche haben schon den Waffenstillstand im Vertrauen auf Wilsons versöhnende Hand geschlossen, und wir müssen nach Wilsons ganzer Vergangenheit, nach alledem, was er nicht nur an die amerikanische und befreundete Völker, sondern auch an die unsere veräußert hat, von seinem Einfluß bei den Friedensverhandlungen eine wirksame Dämpfung aller eigennützigen und brutalen Machtideen unserer Gegner erhoffen, die dieselben Ideen in der Zeit des deutschen Kaiserthums so sehr als fluchwürdig für die ganze Menschheit bekämpft haben. Eine lange Reihe von Reden, die sich über Jahre hinaus verteilt, scheint zu beweisen, daß Präsident Wilson in der Tat nicht die Zerkümmern des deutschen Reiches, die Zerkümmern der deutschen Wirtschaft wünscht, sondern zu wiederholten Malen hat er so beispielsweise erklärt, daß „jedes Volk das Recht habe, die Herrschaft zu wählen, unter der es leben will.“ Wir haben kein Anrecht gegen das deutsche Reich, keine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten vor. Kein Mensch bedroht Dasein, Unangenehmkeit oder friedliche Betätigung des deutschen Reiches.“ Diese Worte sind besonders jetzt von doppeltem Interesse, weil sie ihrem ganzen Sinne nach den immer wiederholten Bestrebungen der Alliierten straks zuwiderlaufen, die sich immer wieder in die Neugestaltung der inneren deutschen Politik zu mischen trachten. „Wir sind“, betont Wilson feierlich ein andermal, „die aufrichtigen Freunde des deutschen Volkes und wünschen nichts so sehr, als eine baldige Wiederherstellung naher Beziehungen mit Deutschland zu unserem gegenseitigen Vortheil, wie schwer es für das deutsche Volk augenblicklich (2. April 1917) auch sein mag, an die Aufrichtigkeit dieser Worte zu glauben.“ Wilson will nicht Gewalt, er will Gerechtigkeit: „Kein Gebiet darf den Völkern wechseln, außer zu dem Zwecke, um diejenigen, die es bewohnen, gute Möglichkeiten zum Leben und zur Arbeit zu sichern. Entschädigungen dürfen nur insoweit verlangt werden, als sie die Bezahlung für begangenes offenes Unrecht bilden. Keine Machtverhältnisse dürfen erfolgen außer wo sie den Frieden der Welt und die Wohlfahrt und das Glück ihrer Völker in der Zukunft sichern.“ Und ein andermal: „Die Verdrößerung der Menschheit darf nicht länger eine schöne, aber leere Phrase sein.“ Und schließlich erklärt Wilson, und es sind die schönsten Worte, die er zu Gunsten der deutschen und der menschlichen Zukunft gesprochen hat: „Die Rechtsverletzungen in diesem Kriege können und dürfen nicht durch die Begehung ähnlicher Rechtsverletzungen gegen Deutschland gutgemacht werden. Das amerikanische Volk wünscht keine Vergeltungsmassregeln

gegen das deutsche Volk, das selbst in diesem Kriege, den es nicht nach eigener Wahl führt, alles erduldet hat. Das amerikanische Volk ist der Überzeugung, daß der Friede auf den Rechten der Völker, nicht auf den Rechten der Regierungen ruhen muß.“ Möge Wilson nun auch in Paris die gleiche Barmherzigkeit finden, die das Bewußtsein seiner hohen Mission ihm bisher verleiht hat.

Im Zeichen des Waffenstillstandes.

Die Waffenstillstandsbedingungen zur See. **WTB. Berlin, 3. Dez.** Ueber die nachgesuchte Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zur See ist eine Antwort von Admiral Beatty eingegangen. Eine Milderung der Bestimmungen über die Handelschiffahrt und die Fischeret in der Ostsee tritt vorläufig nicht ein. — Die englische Kommission in deutschen Häfen trifft heute in Wilhelmshaven ein. Die Verhandlungen werden von deutscher Seite durch den Konteradmiral Goette geführt. Das Kommando der Hochseeslotte hat in Vertretung des erkrankten Flottenchefs Admiral Neurer übernommen. — Die Kommission für Abgabe der Embargoschiffe — beschlagnahmte gegnerische Handelsschiffe — steht sich auf deutscher Seite aus Mitgliedern des Reichsmarineamts, Reichswirtschaftsamts usw. zusammen. Da es sich um etwa 100 Schiffe handelt, werden die Verhandlungen einige Zeit in Anspruch nehmen; die Abgabe soll nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Wird die Armee Madensen interniert?

WTB. Berlin, 3. Dez. Das Auswärtige Amt teilt mit: Nach dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen in Spa über die Frage des Heimmarsches der Armee Madensen durch Ungarn besteht die begründete Hoffnung, daß die Armee nicht interniert wird und ihren Heimmarsch fortsetzen kann.

Die Lage unserer Truppen in Estland. **WTB. Berlin, 3. Dez.** Ueber die Lage in Estland hat der Bevollmächtigte Winig folgendes telegraphiert: Am 13. 11. erfolgte die Uebergabe der Provinzialverwaltung an die Esten. Auf die Weidung über Bedrohung von Deutsch-Balten habe ich am 21. 11. mit guter Wirkung eine Schulerklärung für die Deutsch-Balten erlassen. Die militärischen Ereignisse an der Narwafront und der Rückzug der deutschen Truppen auf die Linie Wesenberg-Lohnu haben eine neue Lage geschaffen. In den Verhandlungen mit estnischen Behörden wurden folgende Punkte vereinbart: Die Esten erhalten Waffen und Munition sowie 1.500.000 M. Die Bolschewisten gehen im Innern in die Aufstellung der Esten nicht ein. Die Lage der Deutsch-Balten ist nicht gefährlich, wenn die estnische Regierung bleibt und die bolschewistische Inflation ferngehalten wird. Zur Sicherung des Abtransports der Armee habe ich im Einvernehmen mit dem Soldatenrat und dem Armeekommando einen Aufruf zur Bildung einer freiwilligen Nachhuttruppe erlassen.

Der deutsche Generalkonsul in Osnabrück ausgewiesen.

Wien, 4. Dez. Aus Osnabrück wird gemeldet, daß die dort eingetroffene Abordnung französischer Offiziere nach den Waffenstillstandsabmachungen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den früheren Verbündeten forderte. Die ungarische Regierung hat daraufhin beschloffen, den deutschen Generalkonsul Grafen Fürstberg in höflicher Form zur Abreise aufzufordern.

Die Neuordnung im Reich.

Eine Erklärung des Prinzen Heinrich von Preußen.

WTB. Berlin, 3. Dez. Prinz Heinrich von Preußen veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“ eine Rundgabe an alle Familienmitglieder des Königlich Preussischen Hauses, in der es nach Hinweis auf den Erlaß des Königs vom 28. November heißt: „Nicht nur steht es nunmehr einem jeden frei, sich im Staatsdienst nach besten Kräften zu betätigen, sondern wird dies zur Pflicht gegen das Vaterland, das uns geboren, und dem wir mit vollster Hingabe bis auf den heutigen Tag dienen; auch handeln wir im Sinne unse-

res Königs, welcher in seinem Thronverzicht vom 28. November ausdrücklich auf eine Mitarbeit zum Wohle unseres Volkes hinweist.“ Als Senior der zur Zeit in Preußen und dem Reich wohnhaften Mitglieder des preussischen Königshauses erklärt er hiermit, daß trotz der Neuordnung im Reich und in Preußen, welche ich unter dem Druck der Verhältnisse anzuerkennen gezwungen bin, ich bestrebt sein werde, einer geordneten, gesetz- und verfassungsmäßigen Regierung zur Erlangung erträglicher Verhältnisse zu helfen, daß ich aber andererseits mich persönlich bis an mein Lebensende an die Person unseres Königs als gebunden erachte, alles tun werde, was in meinen Kräften steht, um Schaden von ihm abzuwenden, ihn als mein alleiniges Familienoberhaupt respektvoll anerkennend. Indem ich diesen meinen Standpunkt allen Mitgliedern des Königlich Preussischen Hauses zur Kenntnis bringe, erhoffe ich von diesen eine gleiche Gesinnung.

Die Garde für die Regierung. **Berlin, 4. Dez.** Die in Berlin weilenden Vertreter der Garderegimenter haben, dem Berliner Tageblatt zufolge, heute die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. Die hier versammelten Vertreter der Regimenter des Gardekorps wählen unter Hinzurechnung der hier nicht anwesenden Truppenteile am morgigen Tage einen Großerlitzer Aktions-Ausschuß als oberste Instanz zur Wahrung der des Gardekorps betreffenden Angelegenheiten.
2. Die hier anwesenden Vertreter von Regimenten des Gardekorps wählen einen Dreier-Ausschuß mit dem Auftrag, der von A. und S.-Rat eingesehene Regierung Ebert-Haase rücksichtslos zur Verfügung zu stellen, um die Errungenschaften der sozialistischen Revolution und deren sachgemäßen Ausbau gegen schädigende Einflüsse, die von außen kommen, zu sichern, und sich auch mit allen im Augenblick zu Gebote stehenden Mitteln zu helfen.

Deutschdemokratischer Gewerkschaftsbund. Die bisher in verschiedenen Gruppen verzelten nichtsozialistischen Angestellten und Arbeiter haben sich im „Deutschdemokratischen Gewerkschaftsbund“ vereinigt. (Geschäftsstelle Berlin W., Kochstraße 9.) Die liberale, freiheitlich-nationale, nationale und christlich-nationale Gruppe bilden fortan eine einheitliche Front. Anderthalb Millionen Arbeitnehmer sind im Deutschdemokratischen Gewerkschaftsbund schon jetzt vereinigt. Die Einigung erfolgte zunächst auf folgende Leitsätze, die natürlich noch der Durchberatung, Begründung und Erweiterung bedürfen:

1. Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung.
2. Ein großdeutsches Reich als Wirtschaftseinheit mit wirklich demokratischer Verwaltung und Verfassung.
3. Gleichheit aller hinsichtlich der Staatsbürgerrechte.
4. Freie Bahn den Tüchtigen in Staatsleitung, Verwaltung, Kunst und Wissenschaft.
5. Organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative und Tüchtigkeit sowie der Wettbewerbsfähigkeit.
6. Unbedingte Mitwirkung der Gewerkschaften und Berufsvereine bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung, insbesondere bei der Sozialisierung einzelner Industrie- und Gewerbegebiete.
7. Garantie der Bezüge und Pensionen aller Staatsbediensteten.

Sofortige Einberufung des Reichstages.

Hamburg, 4. Dez. Die deutsche demokratische Partei in Hamburg richtete an die Volksbeauftragten Ebert und Haase telegraphisch das Ersuchen um möglichst sofortige Einberufung des Reichstages, der auf demokratischer Grundlage gewählten Vertretung des deutschen Volkes, mit der alleinigen Tagesordnung: Legalisierung des bestehenden Regimes und Befestigung der bestehenden Regierung. Die Eingabe wird begründet mit der drohenden Gefahr, die sich daraus ergibt, daß die feindlichen Mächte unsere Regierung bisher nicht anerkannt haben und eine weitere Befestigung des Reiches unmöglich ist. Die Reichsregierung dürfe sich nicht auf die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die unter Ausschluß aller Volkskräfte gebildet worden seien, verlassen. (Es kommen noch andere Gefahren, z. B. auch unsere Finanzwirtschaft, in Betracht, wenn nicht schleunigst gesetzmäßige Zustände hergestellt werden.)

Gefährliche Willkürherrschaft. **WTB. Freiburg, 4. Dez.** Reichstagspräsident Fehrenbach antwortete auf ein Telegramm der Reichsleitung folgendes:

Auf Grund der Revolution können Sie sich für ermächtigt halten, den Reichstag aufzulösen. Ich würde dagegen protestieren, aber mich fügen. Solange Sie ihn aber nicht auflösen, sind Sie trotz der Revolution an die für ihn geltenden gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Nach Ihrer Rechtsauffassung könnten Sie sich ebenso gut über beliebige Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches oder des Projekts hinwegsetzen. Ihr Vorgehen bedeutet gefahrlose Willkürherrschaft. Dagegen protestiere ich.

Württembergische Landesversammlung. **WTB. Stuttgart, 4. Dez.** Der Staatsanzeiger veröffentlicht in seiner heutigen Nummer die Wahlordnung für die verfassungsgebende württembergische Landesversammlung. Zu ihr müssen 150 Abgeordnete in einem Wahlgang für das ganze, einen einheitlichen Wahlbezirk bildende Land auf dem Wege der Verhältniswahl gewählt werden. Die Wahlhandlung findet im ganzen Lande am Sonntag, den 28. Januar, statt.

Konferenz der bundesstaatlichen Finanzminister. **WTB. Stuttgart, 4. Dez.** Die Beratungen der Vorstände der Finanzministerien von Bayern, Baden, Hessen, Sachsen, Württemberg, die Montag und Dienstag im Finanzministerium in Stuttgart stattgefunden haben, nahmen einen durchaus befriedigenden Verlauf. Die Zusammenkunft sollte hauptsächlich auf einer gegenseitigen Aussprache der Finanzminister über verschiedene schwelende Fragen dienen.

Wörter gegen Eisner. **München, 4. Dez.** In einem Artikel: Die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen politischen Lage in Bayern tritt in der heutigen Münch. Post (Nr. 281) Prof. Hoerster vor Eisner auf. Hoerster erklärte u. a., er habe die provisorische Vertretung Bayerns in der Schweiz übernommen, weil das Programm und die Zusammenfassung der neuen Regierung ihm die Gewähr zu bieten schienen, daß auf breiterer demokratischer Basis werde gearbeitet werden. Jetzt aber sagt er: „Meine persönlichen Eindrücke in München haben mich in dieser Hinsicht von Tag zu Tag mehr enttäuscht.“ Seine Hochachtung vor Eisners Selbstlosigkeit sei geblieben. Dann fährt Hoerster fort: „Leider aber mußte ich mich davon überzeugen, daß er sich bei der Durchführung seiner Ideen auf Methoden stützen will, mit denen ich meinen Namen auch nicht von ferne verbinden kann. Gewiß will Eisner keinen Bolschewismus. Ja, er glaubt aufrichtig, daß nur seine Methoden den Bolschewismus verdrängen können. Praktisch aber muß sein Regiment doch dahin führen, daß bei der gesamten Neugestaltung Deutschlands eine ganz bestimmte Klasse — und wahrscheinlich auch innerhalb dieser Klasse nur eine ganz bestimmte Gruppe — mehr oder weniger autoritär entscheidet, während die anderen Kreise von der Mitbestimmung der Dinge ferngehalten werden.“ Eine Gleichheit der Interessen wolle Eisner auch gar nicht. An sich will Hoerster diese Haltung erklärlich finden angesichts der durch einen grotesken Mangel an höheren moralischen Ideen bestimmten Haltung der sogenannten Bildungsschichten im Kriege und ihres kurzfristigen Nachwachs. Aber die Frage habe doch auch noch andere ernste Seiten, und darum wendet sich Hoerster also an die A. und S.-Räte:

„Wir gehen alle miteinander rücksichtslos zugrunde, wir fahren in einen Bankrott hinaus, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, wenn wir Deutsche jetzt beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft und Kultur nicht in wahrhaft großem Geiste zusammenhalten. Es geht nicht an, daß wir uns in das erbitterte Gefühl getrieben werden, daß sie bei diesem Aufbau ausgeschaltet werden sollen. Die Idee der Nationalversammlung ist das Symbol für die unerbittliche Verdrängung aller Klassen zum Werke der Rettung unseres Vaterlandes vor Auflösung und schimpflicher Vernichtung von außen her.“ Zum Schluß weist Hoerster darauf hin, daß wir vom Wiederaufbau weder Frieden noch Brot bekommen werden, daß sie nach Ablauf des Waffenstillstandes einmarschieren werden, wenn bis dahin keine Anzeichen für die Einsetzung einer dauerhaften, dem Willen des ganzen Volkes entsprechenden verfassungsmäßigen Regierung zu bemerken sind. Diese Erwägungen habe er Eisner in den letzten Tagen vorgelegt und übergebe sie jetzt der Öffentlichkeit, damit der Geist des Vertrauens über die Autorität triumphiere und es den jetzt müde in die Heimat Zurückkehrenden erspart bleibe, vom Weltkrieg in den Bürgerkrieg hineingerissen zu werden.“

